

Pressemitteilung

Pößneck, den 02.08.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Die BIRSO ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich am kommenden Freitag, den 07. August 2009, an der Mahnwache vor dem Thüringer Landtag zu beteiligen. Die Mahnwache für Gleichbehandlung und Entlastung aller Bürger beginnt bereits um 08.30 Uhr vor dem Landtagsgebäude. An diesem Tag findet ab 09.00 Uhr eine Sondersitzung des Landtages zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes statt. Ab 10.00 Uhr wird der Protest vor dem Landtag noch verstärkt durch Mitglieder des Bündnisses „Das Soziale Thüringen“, unter Führung des Thüringer Arbeitslosenparlaments. Ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten ist ebenfalls vorgesehen. Die BIRSO beteiligt sich an dem Aufruf der Bürgerallianz Thüringen, dem Dachverband von 140 Thüringer Bürgerinitiativen. Das Beitragsbegrenzungsgesetz steht zur Abstimmung. Aus allen Thüringer Regionen wollen betroffene Bürger vor dem Landtag erscheinen und den gewählten Volkvertretern nochmals ihren Willen bekunden. Über 1 Million Menschen sind in Thüringen immer noch von Zwangbeiträgen bedroht. Wir sind mit dieser Politik der Landesregierung nicht einverstanden! Wir fordern weiterhin die gesetzliche Abschaffung der so genannten Herstellungsbeiträge im Abwasserbereich und der Straßenausbaubeiträge. Es entsteht in der Regel kein besonderer Vorteil und damit sind diese Beiträge nicht zulässig! Der von der CDU jetzt vorgelegte Gesetzentwurf kann nur als eine Zwischenlösung bis Ende 2010 für den Abwasserbereich akzeptiert werden. Zusätzlich erwarten wir sofort verbindliche Klarstellungen zu gesetzlichen Begriffen im Abwasserbereich, wie z.B. was ist ein Wohngrundstück oder ein unbebautes Grundstück, um Willkürmaßnahmen der Aufgabenträger auszuschließen. Minister Scherer betrachtet die aktuelle Gesetzesvorlage selbst nur als Reparatur- und Entschädigungsgesetz! Auch das OVG-Urteil von 2005 zum Straßenausbau ist dringend durch eine Gesetzesänderung aufzuheben, weil es nicht verfassungskonform ist. Hierzu gibt es leider nur eine unverbindliche Meinungsäußerung des Innenministers. Die Bürgerallianz fordert den Ausstieg aus der Beitragsfinanzierung von Abwasseranlagen und Straßen. Bereits die Hälfte der Thüringer Bürger ist beim Abwasser nicht mehr von den Beitragszahlungen betroffen, weil Zweckverbände vernünftigerweise die Investitionen über die Gebühren finanzieren.

Wolfgang Kleindienst
Vorsitzender BIRSO